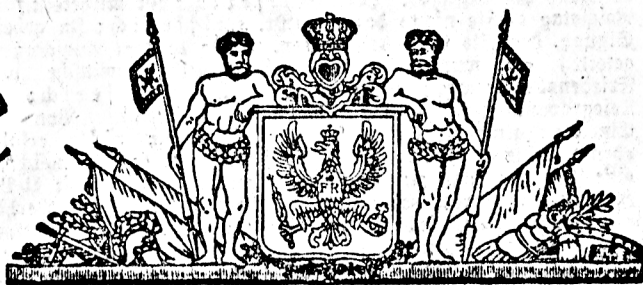


Wossische



Zeitung

Begründet

1704

Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen

Rezugsbedingungen und Anzeigenpreise, sowie Beilagen, Erscheinungsweise usw. werden im Kopf der Morgen-Ausgabe aufgeführt

Im Verlage von Ullstein & Co. Verantwortl. für die Redaktion (mit Ausnahme des Handelsteils): H. Bachmann in Berlin * Hauptgeschäftsstelle: Berlin SW, Kochstraße 22-26 * Fernsprech-Zentrale: Ullstein & Co. Moritzplatz 11 800 11 801, 11 802 bis 11 850, sowie 15 280, 15 281, 15 282 bis 15 291

Erregte Szenen im Untersuchungsausschuß.

Proteste Bethmann Hollwegs und Zimmermanns gegen Minister David.

In der heutigen Verhandlung des Untersuchungsausschusses kam es leider zu sehr peinlichen Auftritten, zu denen in der Hauptsache das Verhalten des Reichsministers Dr. David Veranlassung bot. Der Staatssekretär Helfferich hatte in der Fortsetzung seines teilweise sehr scharf polemisch gefärbten Vortrages in Bezug genommen auf eine Rede, die der Reichsminister in einer Volksversammlung gehalten hatte. Er unterzog diese Rede auf Grund eines Zeitungsberichtes einer Kritik.

Es war vollkommen verständlich, daß der Reichsminister das Bedürfnis empfand, darauf zu antworten und zu erklären, worin er die Begründung des von ihm erhobenen Vorwurfes der Unloyalität gegen die frühere Regierung sehen zu können glaubte. Reichsminister David begnügte sich aber nicht mit dieser Feststellung, sondern seine Ausführungen weiteten sich schließlich zu einer sehr aggressiven Rede gegen die Politik der früheren Regierung aus.

Sofort erhob sich in äußerster Erregung der frühere Kanzler v. Bethmann Hollweg, verwahrte sich gegen diesen Vorwurf und legte namentlich dagegen Einspruch ein, daß ein Mitglied der jetzigen Regierung die Verhandlungen des Ausschusses dazu benützt, um einen politischen Kampf gegen die frühere Regierung zu führen. Er müsse Feststellungen darüber verlangen, ob der Ausschuß dieses Urteil sich eigen mache, denn er sei als Auskunftsperson geladen und könne dem Ausschuß nicht das Recht zugestehen, hier Urteile zu fällen.

In einer sehr unglücklichen Erwiderung erklärte Reichsminister David, daß er dem Reichskanzler von Bethmann Hollweg durchaus nicht den Vorwurf der Unloyalität habe machen wollen. Vielmehr gehe sein Eindruck dahin, daß Zeitung und Aktion der früheren Reichsregierung sehr uneinheitlich gewesen seien. Sein Vorwurf habe sich in erster Linie gegen den früheren Staatssekretär Zimmermann gerichtet.

Schon während der Ausführungen Davids rief Herr von Bethmann Hollweg dazwischen, daß er die alleinige Verantwortung gehabt habe und trage. Während von Bethmann Hollweg seine Erklärungen abgab und in Aussicht stellte, daß er eventuell sich gezwungen sehen würde, den Saal zu verlassen, erhob sich auch Dr. Helfferich zustimmend, und es entstand eine starke Erregung im Saale, die sich noch steigerte, als der Staatssekretär Zimmermann in sehr heftigen Worten seiner Erregung Luft machte.

Der Vorsitzende des Ausschusses hatte bereits mehrfach mit beruhigenden Erklärungen eingegriffen. Auf seine Veranlassung zog sich nun der Ausschuß zurück und gab nach seiner Rückkehr die Erklärung ab, daß der Untersuchungsausschuß nach der Verfassung und dem Beschluß der Nationalversammlung lediglich ein selbständiges Organ sei, zu dem Zweck, bestimmte Ergebnisse auf Grund von Vernehmungen festzustellen. Werturteile von Nichtmitgliedern des Ausschusses können selbstverständlich für den Ausschuß nicht bindend sein.

Bethmann Hollweg hatte bei aller Schärfe seiner Ausführungen gegen den Reichsminister Dr. David ausschließlich das Bestreben des Ausschusses, sich objektiv zu verhalten, anerkannt. Dieses Urteil verdient der Ausschuß zweifellos insofern, als seine Mitglieder sich im allgemeinen durchaus auf das Fragerecht beschränken, selbst diejenigen Mitglieder des Ausschusses, die bei diesen Fragen ihre persönliche Ueberzeugung schlecht verhehlen können, bemühen sich doch, die Verhandlungen in einer Form zu halten, die Voraussetzung für die Würde des Ortes sein muß.

Bei einem politischen Forum — und das ist und bleibt doch der Untersuchungsausschuß — läßt es sich vielleicht, da die menschlichen Temperamente nicht auszuschalten sind, trotzdem manchmal gar nicht vermeiden, daß die Mitglieder des Ausschusses sich als Richter fühlen. In der „Wossischen Zeitung“ ist bereits auf diese Gefahr verschiedentlich hingewiesen worden. Aber schon in den früheren Fällen mußte doch auch bemerkt werden, daß ganz wesentlich das Auftreten des Reichsministers Dr. David dazu beitrug, den Ausschuß auch vor der Öffentlichkeit in eine falsche Beleuchtung zu rücken.

Es braucht wohl nicht ausdrücklich darauf hingewiesen werden, welche enorme politische Gefahr darin liegt. Wenn es der Regierung oder einzelnen Mitgliedern nicht darauf ankommt, öffentlich Beschimpfungen auszustehen, so weiß sie ja, wie die Erfahrung lehrt, dafür alle möglichen Wege zu finden. Am gefährlichsten scheint uns der Vermittlungsweg über den parlamentarischen Untersuchungsausschuß zu sein.

In den heutigen Verhandlungen war übrigens von neuem die Bemerkung zu machen, daß der Zweck der parlamentarischen Untersuchung doch anscheinend nicht von allen Mitgliedern des Ausschusses scharfartig und nicht immer, wie es scheint, ganz richtig aufgefaßt wird. Professor Schück-

ting z. B. richtete an den Staatssekretär Dr. Helfferich eine Reihe von Fragen, die, so vornehm und objektiv sie auch in der Form waren, doch der Aufgabe des Ausschusses nicht ganz gerecht zu werden schienen. Sie gingen darauf hinaus, eine Diskussion über die Objektivität oder Subjektivität Wilsons zu entfesseln und damit auch darauf die sachliche Berechtigung der Standpunkte von früheren Regierungsmitgliedern zu erörtern.

In Wirklichkeit mag es doch wohl immer in der Hauptsache noch darauf ankommen, den sachlichen Standpunkt, den unter ihrem Eid frühere Regierungsmänner beklunden, für gegeben anzunehmen und nun zu untersuchen, ob in ihrem Verhalten auf Grund ihrer Anschauung irgend etwas das Staatswohl Gefährdendes oder die Pflichten gegen das eigene Volk Verletzendes gesehen werden kann. Wenn man anders verfährt, so läuft man Gefahr, das Beweissthema zu verschieben.

Das große Beweisthema dieses Ausschusses muß es doch sein, zu erkunden, welche Politik von den Staatsmännern der früheren Regierung während des Krieges getrieben wurde, ob diese Politik genützt oder geschadet hat. Bisher ist der Staatssekretär Helfferich deshalb über den springenden Punkt des Ganzen immer hinweggeglitten: Welche politische Mittel hat er gesehen, um den Krieg zu beenden.

Davids „Feststellungen“.

In der heutigen Sitzung des Untersuchungsausschusses setzte der Vizekanzler a. D. Dr. Helfferich seine Befundungen fort.

Sie können sich, meine Damen und Herren, vorstellen und denken, wie es in den kritischen Zeiten, wo es um das Schicksal des eigenen Vaterlandes geht, wo alle diese Erwägungen sich zusammendrängen, den für die im Laufe der Dinge Verantwortlichen die Entscheidung schwer wird. Ich habe mich bemüht, eine Vertauung für den uneingeschränkten U-Boot-Krieg herbeizuführen, eine Vertauung bis zu dem Zeitpunkt, wo über die Friedensaktion Klarheit herrschte. Als der Reichskanzler am Abend des 6. Januar 1917 sich nach Bleck beoab, habe ich zusammen mit dem Staatssekretär Rimmomann und mit dem Reichskanzler einsehend über die Situation gesprochen. Ich habe die Denkschrift des Admiralsstabes über den uneingeschränkten U-Boot-Krieg in der Nacht zum 9. Januar durchstudiert und am Morgen des 9. Januar gegen 4 Uhr das bereits früher erwähnte Telegramm an den Reichskanzler abgefandt.

In diesem Telegramm ging ich auf die Hauptgesichtspunkte der Argumentation des Admiralsstabes in seiner Denkschrift vom 22. September ein. Ich wies nach, daß noch kein Anlaß zu irgend welchen überstürzten Entschlüssen vorliege, daß im Januar und im Februar eine natürliche Pause im U-Bootkrieg eintreten müßte.

Die Entscheidung ist am Abend des 9. Januar in meiner Abwesenheit gefallen. Sie ging dahin, daß nicht länger gewartet werden könne und dürfe. Der Herr Reichskanzler von Bethmann Hollweg hat nach seiner Rückkehr mit die Vorgänge am 12. Januar genau geschildert, wie er sie hier vorgetragen hat und ebenso auch seine Motive dargelegt, die ihn veranlaßten, am Abend des 9. Januar dem Kaiser zu sagen, er könne ihm nicht empfehlen, gegen den Antrag der Obersten Seeresleitung und des Admiralsstabes auf die Eröffnung des uneingeschränkten U-Bootkrieges zu entscheiden. Als wir am 10. Januar von dem Chef der Reichskanzlei die Entscheidung von Bleck mitgeteilt wurde, war ich auf das Tiefste erschüttert. Es schien mir die Situation im Augenblick noch nicht geklärt und ich hielt die getroffene Entscheidung für einen Fehler, für einen Fehler, der unsere Aktion für den Frieden in ihr Gegenteil verkehren konnte.

Mein erster Gedanke war, von meinem Amte zurückzutreten, und ich habe diesen Gedanken auch gegenüber dem Chef der Reichskanzlei Ausdruck gegeben. Ich habe meine Absicht aber nicht aufrechterhalten, sondern davon Abstand genommen, nachdem mir der Reichskanzler die Vorgänge in Bleck und seine Motive dargelegt hatte, und vor allem, nachdem mir Herr v. Bethmann mitgeteilt hatte, daß und in welcher Weise die Entente unter Friedensangebot abgelehnt habe.

Als mir der Reichskanzler die Antwort der Entente auf unser Friedensangebot überreichte, wußte ich, es gibt keinen Frieden ohne Kampf, und ich nahm an, daß die ganze Welt ein schließliches des Präsidenten Wilson auf Grund der Antwort der Entente der Meinung sein müsse, es gebe keinen Frieden. Ich sah auch keine Möglichkeit dazu, oder vielmehr nur eine einzige Möglichkeit wäre noch gewesen, den Frieden zu bekommen, nämlich, wenn Präsident Wilson sich zu sofortiger Einsetzung des stärksten Druckes auf die Entente bereit gefunden hätte. Das hat er aber nicht getan.

Somit schied Wilson, dann kam seine Senatsbotschaft vom 22. Januar aus der man zum wenigsten ein Geschehenlassen, wenn nicht eine Billigung der Bedingungen der Entente herauslesen mußte.

Das war die Situation, in der ich mir die Frage vorzulegen hatte, ob ich durch meinen Rücktritt den jetzt beschlossenen

U-Bootkrieg verneinen sollte, ob ich es vor mir selbst verantworten könne, in den Augen unserer Bundesgenossen, unseres eigenen Volkes und unserer Feinde den U-Bootkrieg durch eine solche Demonstration zu diskreditieren, eine Demonstration, die überdies ganz unglücklich gewesen wäre.

Ich wäre mir als ein Verbrecher vorgekommen, hätte ich so gehandelt. Ich hatte die Schuld auf mich geladen, die ich mit-leidlos den Leuten überlasse, die hier in diesem Hause am 19. Juli der Kriegsführung in den Rücken gefallen sind. (Große Unruhe bei den Ausschußmitgliedern.)

Vorsitzender Warmuth: Ich muß diese Aeußerung entschieden zurückweisen.

Staatssekretär Helfferich: Ich muß mich natürlich fügen, meine Ueberzeugung kann ich aber natürlich nicht verleugnen.

Die Entscheidung war also gefallen. Der Krieg ging weiter, denn die Feinde wollten den Frieden nicht, und Wilson lehnte jeden Druck auf die Entente ab. Uns blieb nur die Wahl, uns schmachlich zu unterwerfen oder das Beste zu wagen; ein ehrenloser Friede oder ruhmvoller Untergang. Ehlos oder lann das deutsche Volk nicht werden. So habe ich unter Volk damals eingeschätzt, und so schäme ich es heute noch ein trotz allem, was vorgekommen ist. Ich wünschte mich weder hier, noch vor einer anderen Instanz darauf zu berufen, daß ich am 9. Januar der Entscheidung für den U-Boot-Krieg widertraten habe. Ich übernehme vielmehr dafür die moralische und politische Mitverantwortung. Ich betenne mich dazu und stehe für sie ein.

Nun hat Graf Bernstorff gesagt, die Friedensvermittlung hätte weitergehen können, wenn wir eine Nuance anders beantwortet hätten. Es ist sehr schwer, sich den Kopf des sehr komplizierten Herrn Wilson zu zerbrechen. Wir haben gesagt, unsere U-Boote seien draußen, und es sei technisch unmöglich, sie zurückzuberufen. Wir erklärten uns aber bereit, den U-Bootkrieg einzustellen, sobald eine aussichtsvolle Friedensvermittlung erfolge. Professor Bonn und Graf Bernstorff meinen, dieses Telegramm hätte die Friedensvermittlung gekürzt. Wenn es aber dem Präsidenten Wilson wirklich ernst um den Frieden war, so hätte er sich durch dieses Telegramm vom Frieden nicht abbringen lassen dürfen.

Was aber tat Wilson? Er antwortete überhaupt nicht, er behielt die ihm übermittelten maßvollen deutschen Friedensbedingungen streng für sich, so daß wir der Welt weiterhin als die „Kriegsverlängerer“, die „Annektionisten“ und die „Vänderklüder“ galten.

Am Sonntag hat Dr. David in einer Versammlung behauptet, daß nach den bisherigen Feststellungen dieses Untersuchungsausschusses der Reichstag in der Frage des U-Bootkrieges hinter dem Licht geführt worden sei, während man an Wilson einen plumpen Betrug versucht habe.

Könnte man dem Reichstag klareren Wein einschenken, als es durch mich in der Frage der Beteiligung Americas am Kriege geschehen ist? Wo ist der plumpe Betrugsversuch an Wilson? Wo auch nur der leiseste Anschein dafür? Der amerikanische Botschafter Gerard schreibt in seinem Buch über Herrn v. Bethmann Hollweg, der nach Dr. David den plumpen Betrugsversuch an America beangangen haben soll:

„Es war leichter für Deutschland, mit Herrn v. Bethmann Hollweg an der Spitze zum Frieden zu kommen. Die ganze Welt kennt und achtet ihn wegen seiner Ehrenhaftigkeit.“

So der amerikanische Botschafter und so ein deutscher Reichsminister! (Große Erregung bei den Ausschußmitgliedern. Beifall im Ruhörraum. — Allgem. Unruhe im Saal.)

Vors. Warmuth: Ich bitte wirklich, diese Schärfe der Kritik zu unterlassen.

Dr. Helfferich: Ich bin durchaus nicht scharf geworden, sondern habe nichts anderes getan, als die Aeußerung des amerikanischen Botschafters der Aeußerung eines deutschen Reichsministers gegenüberzustellen.

Reichsminister Dr. David (mit großer Schärfe): Die Antwort werde ich Ihnen schon geben!

Vors. Warmuth: Das Recht zu einer sachlichen Kritik will ich dem Reagen nicht bestreiten. Wenn ein Mitglied der jetzigen Regierung der früheren Regierung den Vorwurf eines „plumpen Betrugsversuchs“ macht, so ist es durchaus zulässig, wenn dagegen sachlich Stellung genommen wird. Aber der Ton macht die Musik, und deshalb bitte ich den Reagen, wenigstens alle Schärfe in der Form zu vermeiden.

Hg. Dr. Cohn: Die ganzen polemischen Ausführungen Dr. Helfferichs haben mit dem Beweissthema, nämlich den Friedensmöglichkeiten um die Jahreswende 1916-17 gar nichts zu tun. Auch die Aeußerungen Dr. Davids vom Sonntag gehören nicht zur Sache. Ich widerspreche ausdrücklich der Auffassung des Vorsitzenden.

Vors. Warmuth: Und ich halte meine Ansicht aufrecht.

Dr. Helfferich: Auch ohne den uneingeschränkten U-Bootkrieg hätte Amerika den Krieg gegen uns begonnen. Aber trotz der Erfahrungen von Versailles wird es in Deutschland stets Leute geben, die in Wilson den Mann der